

Maximilian Steiert

Von München über Berlin bis nach Brüssel

Kommunikation und Austausch mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wissenschaft



Die Einrichtungen der Europäischen Union sind wichtige Ansprechpartner für die Fraunhofer-Gesellschaft.

Foto: Schmuttel/pixelio

Die Fraunhofer-Gesellschaft ist ein wichtiger Akteur im deutschen Wissenschafts- und Innovationssystem. Ihre Mission ist die anwendungsorientierte Forschung. Fraunhofer ist ein Motor für Innovationen in der Wirtschaft und zeichnet sich durch wissenschaftliche Exzellenz aus. In den vergangenen Jahren war Fraunhofer ein wichtiger Partner in der Forschungsunion, dem zentralen innovationspolitischen Beratergremium der Bundesforschungsministerin, und konnte maßgeblich an der Gestaltung der Hightech-Strategie der Bundesregierung mitwirken.

Mit ihrer wissenschaftspolitischen Strategie verfolgt die Fraunhofer-Gesellschaft das Ziel, Forschung und Entwicklung auf höchstem Niveau zu garantieren. Dieses wichtige Fundament sichert langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und den technologischen Vorsprung

Deutschlands. Dabei gilt es auch wissenschaftliche Freiräume zu bewahren. Sie sind ein Grundstein für Innovationskraft in Deutschland und Europa.

Bund, Länder und Europa

Betrachtet man den Forschungsmix der Fraunhofer-Gesellschaft, wird deutlich, dass die Kontakte und Zusammenarbeit mit der Politik auf Ebene des Bundes, der Länder und der EU ein besonderes Augenmerk erfordern, denn etwa 60 Prozent der Forschung werden im Rahmen öffentlicher Programme und Aufträge sowie über die Grundfinanzierung durchgeführt. In den vergangenen Jahren wurden die Fraunhofer-Interessen vorrangig über direkte persönliche Kontakte vertreten, allen voran vom Präsidenten, Vorstand und den Institutsleitern. Über Strategiegespräche, die Beteiligung beispielsweise an Forschungsunion und dem Rat für Innovation wurde bislang schon ein enger Dialog zur Bundesregierung insbesondere zum Bundesforschungsministerium gepflegt.

Auf Landesebene findet der Austausch mit den Ministerien und Abgeordneten auch vielfach direkt über die Fraunhofer-Institute statt, die zur Standortstärkung in den jeweiligen Ländern beitragen. Ein wichtiger Baustein für die Umsetzung politischer Vorgaben ist der Fraunhofer-Ausschuss, in dem die zuständigen Ministerien aus Bund und Ländern vertreten sind.

Die politischen Rahmenbedingungen auf EU-Ebene haben in den vergangenen Jahren immens an Bedeutung gewonnen. Ein eigenes Büro in Brüssel unterstützt daher Fraunhofer-Institute und -Zentrale bei der Interessenvertretung bei den Organen der Europäischen Union und sichert die direkte Kommunikation sowie einen schnellen Informationsfluss.

Agieren und Reagieren

Das Wachstum der Fraunhofer-Gesellschaft sowie die sich verändernden Rahmenbedingungen erfordern eine Stärkung und einen Ausbau dieser wissenschaftspolitischen Arbeit. Die Zahl der

Stichwörter

Interessenvertretung
Forschungspolitik
Politikberatung

Akteure ist in den vergangenen Jahren angewachsen, die Prozesse sind komplexer und von vielen Faktoren beeinflusst. Dem will Fraunhofer Rechnung tragen. Wissenschaft und Forschung befinden sich in einem hoch volatilen Umfeld, Wissen wird immer kleinteiliger und spezieller, die Interdisziplinarität nimmt zu, Innovationszyklen werden kürzer. Dies erfordert ein schnelleres (Re-)Agieren. Die Fraunhofer-Gesellschaft ist in zweifacher Hinsicht gefragt: Zum einen bei der Ausgestaltung der wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen, zum anderen als Expertin bei Beratung von Politik und Verwaltung zu Forschungs- und Technologietrends.

Demzufolge wird Fraunhofer die politische Arbeit konsistent planen und umsetzen sowie eine gestaltende Rolle bei der Setzung von politischen Rahmenbedingungen verstärkt wahrnehmen. Als Konsequenz ihrer Mission – die Fraunhofer-Gesellschaft fördert und betreibt international vernetzt anwendungsorientierte Forschung zum unmittelbaren Nutzen für die Wirtschaft und zum Vorteil für die Gesellschaft – will und muss sich Fraunhofer daher als deutsche und europäische Forschungsorganisation sichtbar positionieren.

Als wichtiger Teil des Wissenschafts- und Innovationssystems ist es auch für Fraunhofer eine wesentliche Aufgabe, herauszustellen, wie relevant forschungspolitische Themen für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes sind. Forschung und Technik bilden die Basis für unseren Wohlstand. Sie benötigen mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz. Das Engagement soll auch dazu beitragen, einer wachsenden Skepsis gegenüber technologischen Entwicklungen zu begegnen. Nicht zuletzt sind gesellschaftlich akzeptierte Forschung und Entwicklung, sind Innovationen wesentliche Faktoren, um Deutschland und Europa im internationalen Wettbewerb zukunftsfähig zu gestalten.

Organisationale Ausrichtung

Um die schon bestehenden Aktivitäten zu fokussieren und auszubauen, wurde 2013 die Abteilung Wissenschaftspolitik gegründet. Hier wird zentrales Monitoring und Analyse des politischen Umfelds etabliert. Es geht darum, als zentraler Ansprechpartner nach innen und außen zu agieren. Durch ein strategisches Management der Netzwerke im politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Umfeld soll der vertrauensvolle Dialog mit Stakeholdern ausgebaut und gestärkt werden.

Beispielsweise wird sich Fraunhofer zukünftig stärker mit themenorientierten Dialogformaten platzieren. Dabei dienen die Repräsentanzen in Berlin und Brüssel neben der Münchner Zentrale als Plattformen zum Austausch mit anderen Akteuren im Wissenschaftssystem und der Politik. So kann auf aktuelle Entwicklungen und Trends schnell eingegangen und Themen können frühzeitig gesetzt werden. Wesentliche Aufgabe ist es, konsistente, zwischen Brüssel, Berlin, München und den Instituten abgestimmte Stellungnahmen zu formulieren und so eine einheitliche Positionierung der Gesellschaft zu etablieren.

Die zehn wissenschaftspolitischen Empfehlungen

Ein Beispiel dafür sind die zehn wissenschaftspolitischen Empfehlungen, die Fraunhofer im November 2013 aussprach. Diese Empfehlungen machen auf die zentralen wissenschaftspolitischen Herausforderungen für Deutschland aufmerksam und zeigen Ideen auf, diesen zu begegnen. So zum Beispiel die Notwendigkeit einer steuerlichen Forschungsförderung, die Etablierung von nationalen Leistungszentren oder die Förderung der MINT-Qualifizierung. Gremienarbeit, Themen setzen, strategische Partnerschaften initiieren und koordinieren, aber auch das Bündeln von Informationen und Vermitteln von Ansprechpartnern – all dies soll Verständnis und Zugang zur Fraunhofer-Gesellschaft erleichtern.



Maximilian Steiert leitet die Abteilung Wissenschaftspolitik der Fraunhofer-Zentrale in München.

„ Um die schon bestehenden Aktivitäten zu fokussieren und auszubauen, wurde 2013 die Abteilung Wissenschaftspolitik gegründet. Hier wird zentrales Monitoring und Analyse des politischen Umfelds etabliert.

Kontakt:

Maximilian Steiert
Leiter Wissenschaftspolitik
Fraunhofer-Gesellschaft
Hansastraße 27c
80686 München
Tel.: +49 89 1205-1600